

Power to the people – Energiesektor unter gesellschaftliche Kontrolle!

Diskussionspapier des Kokreises für den Herbststratschlag 2022

Die Energiepolitik der Bundesregierung ist ungerecht und klimaschädlich:

- Die Vorschläge der Gaspreiskommission sind unsozial, bevorteilen Vielverbraucher*innen und setzen zu wenig Anreize, um den Energieverbrauch substanziell zu senken.
- Wir begrüßen zwar, dass auf alle Gewinne von Energiekonzernen, die 20 Prozent über den Gewinnen des Durchschnitts der letzten drei Jahre liegen, ab 1. Dezember bis Ende 2023 eine Abgabe von 33 % fällig wird. Das reicht nicht: Die Abgabe muss höher und unbefristet sein.
- Der Ersatz fossiler Energie durch Erneuerbare wird nicht konsequent vorangetrieben.

Um den Klimakollaps zu verhindern und den sozial-ökologischen Umbau voranzutreiben, sind für uns als Attac folgende Maßnahmen im Energiesektor notwendig:

Recht auf Grundversorgung!

1. Angesichts der aktuellen Energieknappheit fordern wir ein Grundkontingent an Strom, Gas und Fernwärme, das sich an der Haushaltsgröße und am Zustand der Wohnung orientiert. Für dieses Grundkontingent soll ein staatlich gedeckelter Preis gelten. Transferleistungen für Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen müssen so ausgestaltet sein, dass dieser Preis für sie bezahlbar ist.
2. Um Luxusverbrauch teurer zu machen, Energiesparanreize zu setzen und Energieknappheit entgegenzuwirken,
 - schließen wir uns bezüglich eines progressiven Preismodells für den Gesamtbedarf von Gas und Strom dem Vorschlag des KNOE an
(https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/Energiekrise/Dossier_Energietarife_KNOE_2022.pdf) an. (A)
 - soll über das Grundkontingent hinaus gehender Verbrauch von Gas und Strom progressiv bepreist werden. (B)
3. Zur Finanzierung sind auch, wie von der EU zum Teil schon geplant, die enormen Mitnahmegewinne von Energiekonzernen heranzuziehen.

Globale Energiewende!

4. Ein Ausbau von LNG-Infrastruktur sowie die Fortsetzung von Kohle und Atomkraft als Ausweg aus der Energieknappheit ist zu verhindern. Stattdessen müssen in Deutschland die Rahmenbedingungen für einen schnellen Ausbau von Windkraft- und Solarenergie verbessert und Energieeinsparung massiv gefördert werden.
5. Die kurzfristige Beschaffung von Ersatzenergie aufgrund der ausbleibenden Lieferungen aus Russland darf nicht auf Kosten ärmerer Länder gehen, wie dies durch Preistreiberei bei der Beschaffung von LNG-Gas bereits geschieht.
6. Jede Subvention von Energiepreisen für Unternehmen in Deutschland hat in der EU so koordiniert zu erfolgen, dass es dadurch zu keinem Verdrängungswettbewerb im EU-Binnenmarkt kommen kann.
7. Länder, die sich in die Abhängigkeit einer extraktivistischen Wirtschaftsweise begeben haben, zahlen dafür meist einen hohen Preis in Form von einer extrem ungleichen Verteilung von Reichtum und hohen ökologischen Schäden. Dieser Zustand lässt sich vor allem dadurch überwinden, dass durch einen weltweit konsequenten Ausstieg aus fossilen Energien und der sparsamen Nutzung anderer Rohstoffe dem dahinterstehenden Geschäftsmodell konsequent der Boden entzogen wird.

Energiesektor vergesellschaften!

8. Profit als Leitmotiv für wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge ist unvereinbar mit einem sozial-ökologischen Umbau. Daher ist der Energiesektor der privaten Verfügung zu entziehen und so zu vergesellschaften, dass eine demokratische Planung und Kontrolle darüber, was wo und von wem für eine sinnvolle Nutzung benötigt wird, möglich ist.
9. Dazu ist in einem ersten Schritt eine Übersicht über den Energieverbrauch aller industriellen Sektoren nötig. Die Daten, die derzeit von der Bundesnetzagentur über die Gasflüsse in der Wirtschaft gesammelt werden,

müssen transparent und der öffentlichen Diskussion zugänglich gemacht werden.